

## HSG-Studie empfiehlt Abschaffung der OECD-Mindeststeuer in der Schweiz

*Neue Studie der Universität St. Gallen zeigt, weshalb ein Festhalten an der OECD-Mindeststeuer teurer werden könnte als ein Ausstieg in diesem Jahr*

**Zürich, 18. Mai 2026** – Eine neue Studie des Institute of Law and Economics der Universität St. Gallen empfiehlt, die Schweizer Umsetzung der OECD-Mindeststeuer noch im Jahr 2026 wieder abzuschaffen. Die Analyse kommt zum Schluss, dass sich die geopolitischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen seit der Volksabstimmung von 2023 grundlegend verändert haben. Die Mindeststeuer, die von der Schweiz 2024 freiwillig eingeführt wurde, verfehlt heute ihren ursprünglichen Zweck, birgt erhebliche rechtliche Risiken und könnte für den Standort Schweiz volkswirtschaftlich und fiskalisch mehr Kosten als Nutzen verursachen.

Die von Professor Peter Hongler und seinem Team verfasste Studie «Wie weiter mit der Mindeststeuer in der Schweiz? – Evaluierung der Handlungsoptionen» wurde von der Swiss-American Chamber of Commerce als Diskussionsbeitrag zur Zukunft des Wirtschafts- und Steuerstandorts Schweiz in Auftrag gegeben.

### **Vom globalen Projekt zum EU+-Modell**

Im Jahr 2023 wurde in der Schweiz mit knapp 80 Prozent Zustimmung durch das Volk eine Kompetenznorm verabschiedet, wonach der Bund eine Mindeststeuer einfügen kann – im Vertrauen darauf, dass rund 140 Staaten die Regeln ebenfalls umsetzen würden. Diese Erwartung hat sich laut Studie nicht erfüllt: Von den über 140 Mitgliedern des Inclusive Frameworks haben nur rund 33 Staaten das Projekt vollständig umgesetzt. Aus einer globalen Lösung sei faktisch ein EU+-Projekt geworden.

Besonders ins Gewicht fällt dabei die Haltung der USA. Als grösste Volkswirtschaft der Welt und wichtigster ausländischer Direktinvestor in der Schweiz haben die Vereinigten Staaten die Mindeststeuer nicht übernommen. Stattdessen schützen sie ihre Firmen gezielt mit dem sogenannten «Side-by-Side-Package» vor einer ausländischen Nachbesteuerung. Auch grosse Volkswirtschaften wie China, Indien oder Brasilien setzen die Mindeststeuer bislang nicht um.

### **Empfehlung: Abschaffung der Mindeststeuer noch im Jahr 2026**

Das Fazit der Studie ist klar: Es spricht vieles dafür, die Mindeststeuer noch im Jahr 2026 aufzuheben. Dies würde die Rechtssicherheit erhöhen, die steuerpolitische Souveränität stärken und die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Schweiz gegenüber Staaten, die auf eine Umsetzung verzichten, verbessern.

Gleichzeitig empfehlen die Autoren zu prüfen, ob stattdessen eine sogenannte «Domestic Minimum Top-Up Tax» (DMTT oder inländische Ergänzungssteuer) eingeführt werden soll. Eine solche rein innerstaatliche Lösung könnte Schweizer Unternehmen vor einer Nachbesteuerung im Ausland schützen, ohne die Schweiz dauerhaft an das OECD Inclusive Framework zu binden. Gemäss Studie entspräche dies auch dem ursprünglichen Volkswillen von 2023: Die Mindeststeuer wurde damals primär als Schutzinstrument verstanden und nicht als zusätzliches Fiskalinstrument.

### **Studie warnt vor erheblichen Rechtsrisiken**

Die Studie identifiziert verschiedene rechtliche Unsicherheiten in der aktuellen Ausgestaltung der Mindeststeuer. Der dynamische Verweis auf eine unbestimmte Anzahl von Rechnungslegungsstandards verstösst nach Ansicht der Studienautoren gegen das verfassungsrechtliche Legalitätsprinzip. Die Bemessungsgrundlage der Ergänzungssteuer sei rechtlich unzureichend definiert und damit potenziell gerichtlich anfechtbar.

Zudem stellt die veränderte geopolitische Ausgangslage infrage, ob die Mindeststeuer noch durch Art. 129a der Bundesverfassung gedeckt ist. Dieser setzt ein Handeln im Interesse der schweizerischen Gesamtwirtschaft voraus. Eine Klärung durch das Bundesgericht ist frühestens in zwei bis fünf Jahren zu erwarten. Bis dahin bleibt die Rechtslage sowohl für Unternehmen als auch für den Staat unsicher.

Die möglichen finanziellen Folgen sind beträchtlich:

- Für den Staat könnten Rückforderungen bereits erhobener Ergänzungssteuern in Milliardenhöhe entstehen.
- Unternehmen wiederum droht bei einer gerichtlichen Ungültigkeit der Schweizer Regeln eine Nachbesteuerung im Ausland – also genau jenes Risiko, das die Mindeststeuer eigentlich verhindern sollte.

### **Side-by-Side-Package sorgt für Ungleichbehandlung**

Besondere Aufmerksamkeit widmet die Studie dem sogenannten «Side-by-Side-Package» zugunsten der USA. Dieses führt laut den Autoren dazu, dass US-Konzerne privilegiert behandelt werden, obwohl die USA die OECD-Mindeststeuer selbst nicht umgesetzt haben. Gemäss jüngster Praxisverlautbarung der Eidgenössischen Steuerverwaltung werden US-Konzerne von bestimmten Auswirkungen der Income Inclusion Rule (IIR) ausgenommen, während für Schweizer und andere nicht-amerikanische Unternehmen weiterhin die ordentlichen Regeln gelten.

Die Autoren sehen darin einen Verstoss gegen den verfassungsrechtlichen Grundsatz der Gleichbehandlung. Andere Unternehmen könnten sich künftig ebenfalls auf eine Gleichbehandlung berufen und vergleichbare Ausnahmen verlangen. Zugleich zeige sich daran exemplarisch, wie stark die Schweiz mit der Mindeststeuer von den Regeln des OECD Inclusive Framework abhängig geworden ist – eines Gremiums ohne demokratische Legitimation und mit intransparenten Entscheidungsprozessen, so die Studie.

### **Fiskalisch droht laut Studie ein negatives Geschäft**

Anhand von Daten zum Country-by-Country-Reporting und zur Verrechnungssteuer analysiert die Studie zudem die fiskalischen Auswirkungen der Mindeststeuer. Demnach sind US-Konzerne die mit Abstand profitabelsten ausländischen Unternehmen in der Schweiz und tragen überproportional zum Schweizer Steuersubstrat bei.

Sollten infolge des «Side-by-Side-Packages» und der steigenden Attraktivität des US-Standorts lediglich 25 Prozent der Gewinnsteuereinnahmen von US-Unternehmen wegfallen, würden die dadurch entstehenden Verluste die zusätzlichen Einnahmen aus der Mindeststeuer übersteigen. Die Mindeststeuer könnte sich damit fiskalisch zu einem Verlustgeschäft entwickeln.

Publikation unter EMBARGO: Montag, 18. Mai, 10 Uhr

### Vier Szenarien für die Schweiz

Die Autoren haben angesichts der neuen geopolitischen und wirtschaftlichen Ausgangslage vier mögliche Handlungsoptionen untersucht:

- **Beibehaltung des heutigen Systems:** Hohe rechtliche Unsicherheit, zunehmende internationale Wettbewerbsnachteile und steigende Abhängigkeit vom OECD-Inclusive-Framework.
- **Anpassung innerhalb des bestehenden OECD-Systems:** Kurzfristig begrenzte Entlastung, jedoch weiterhin strukturelle Abhängigkeit von internationalen Entwicklungen und «soft law».
- **Abschaffung der Mindeststeuer ohne Ersatzlösung:** Wiedergewinnung steuerpolitischer Souveränität und verbesserte Standortattraktivität, jedoch Risiko ausländischer Nachbesteuerung für Schweizer Unternehmen.
- **Abschaffung der Mindeststeuer mit Einführung einer inländischen Ergänzungssteuer (DMTT):** Gemäss Studie die ausgewogenste Lösung: Schutz vor ausländischer Nachbesteuerung bei gleichzeitiger Stärkung der Rechtssicherheit, der Souveränität und der Wettbewerbsfähigkeit.

### Medienkontakt

[Swiss-American Chamber of Commerce](#)